



Aktenzeichen: Pet 1-19-09-2704-043442

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 19.12.2024 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Die Petentin fordert, Einnahmen aus der CO₂-Emissionssteuer dazu zu nutzen, klimafreundliche Alternativen zu subventionieren und diese somit für die Bürger attraktiver zu gestalten.

@Sie begründet ihr Anliegen insbesondere damit, dass aufgrund der CO₂-Emissionssteuer beispielsweise Flüge für den Verbraucher teurer geworden seien, sie jedoch im Vergleich zur klimafreundlicheren Alternative der Bahnreise kostengünstiger seien. Dies sei nicht zielführend.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Eingabe verwiesen, die auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht wurde, dort 121 Mitzeichner fand und in 37 Beiträgen diskutiert wurde.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich unter Berücksichtigung einer zu der Eingabe erbetenen Stellungnahme des damaligen Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) wie folgt dar:

In den Sektoren Wärme und Verkehr werden seit Anfang 2021 fossile Brennstoffe wie Benzin, Heizöl oder Erdgas mit einem nationalen CO₂-Preis belegt. Dadurch soll der Verbrauch fossiler Brennstoffe sinken und eine Lenkungswirkung hin zu klimafreundlichen Technologien und Produkten entstehen. Durch die Veräußerung der Emissionszertifikate erzielt der Staat Einnahmen, die vollständig in den "Energie- und Klimafonds" fließen, aus dem verschiedene Fördermaßnahmen für klimafreundliche Alternativen finanziert werden.



Die Einnahmen aus der Veräußerung der Emissionszertifikate des nationalen Brennstoffemissionshandels werden insbesondere dazu genutzt, die Bürgerinnen und Bürger bei den Stromkosten zu entlasten. So wurden im Jahr 2021 4,7 Mrd. Euro zur Entlastung der EEG-Umlage verwendet. Bezogen auf die EEG-Umlage 2021 entspricht dies einer Entlastung von 1,37 ct/kWh. Um diesen Betrag wäre die EEG-Umlage ohne den "Zuschuss" aus den Zertifikaterlösen in diesem Jahr höher ausgefallen. Die EEG-Umlage 2021 beträgt 6,5 ct/kWh gegenüber 6,75 ct/kWh im Vorjahr. Von der Entlastung der EEG-Umlage profitieren die Bürger bereits seit Januar 2021, jeweils entsprechend dem individuellen Stromverbrauch. Im kommenden Jahr sollen die Erlöse aus dem nationalen Brennstoffemissionshandel dazu genutzt werden, die EEG-Umlage weiter auf 6,0 ct/kWh abzusenken.

Die Entlastung bei den Stromkosten macht sich auch im Verkehrssektor bemerkbar, indem die Nutzung von Elektroautos günstiger wird. Neben Investitionen in Elektromobilität und Radverkehr, wird in diesem Bereich aber insbesondere der ÖPNV als klimafreundliches Fortbewegungsmittel aus dem Energie- und Klimafonds gefördert. Über die Jahre 2020 bis 2031 werden die Finanzmittel, die der Bund den Ländern für den ÖPNV zur Verfügung stellt (sog. Regionalisierungskosten), um insgesamt etwa 5,2 Milliarden Euro erhöht. Bis Ende 2030 werden der Bund und die Deutsche Bahn zudem 86 Milliarden Euro investieren, um das Schienennetz zu erneuern. Nicht zuletzt ist die Mehrwertsteuer auf das Bahnfahren dauerhaft von 19 auf 7 Prozent gesenkt worden.

Mit Blick auf die obigen Darlegungen sieht der Petitionsausschuss keinen Handlungsbedarf im Sinne der Eingabe und empfiehlt, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.